

Nationalrat

Asylpolitischer Unmut

Schweiz Dossier: Migration Freitag, 15. Juni



Die Schweiz soll unattraktiver werden für Asylsuchende.
Bild: Keystone

Der Nationalrat fordert eine einfachere Behandlung von Mehrfach- und Wiedererwägungsgesuchen. Bei der vorläufigen Aufnahme nimmt er Abstriche vor.

Von Katharina Fontana, Bern

Nachdem der Nationalrat am Vortag mehrere Verschärfungen im Asylrecht beschlossen hatte, mit dem Ziel, die Schweiz als Asylland unattraktiver zu machen, ging es am Donnerstag vor allem um Verfahrensfragen. Dass die Verfahren heute zu lange dauern – im Schnitt 1400 Tage – und Beschleunigungen nottun, wurde von niemandem grundsätzlich bestritten, auch nicht von der linken Ratsseite. Dennoch waren die Vertreter der SP und der Grünen dann aber kaum bereit, die neuen Bestimmungen mitzutragen.

Bei den Verfahrens Anpassungen folgte der Rat, anders als am Mittwoch, weitgehend der Linie von Justizministerin Simonetta Sommaruga. Die SVP stand mit ihrer Forderung nach zusätzlichen Restriktionen meist allein da. So fand ihr Vorschlag, die Beschwerden gegen Asylentscheide von einer Verwaltungsinstanz und nicht mehr vom Bundesverwaltungsgericht beurteilen zu lassen, bei den anderen Parteien kein Gehör. Dies widerspreche der Rechtsweggarantie, befand die Mehrheit. Auch der Widerstand gegen den Ausbau der unentgeltlichen Rechtspflege war erfolglos. Mit dieser Massnahme könnten die Dossiers zuhanden der Entscheidungsinstanzen besser aufbereitet werden, so dass diese schneller urteilen könnten, argumentierte Sommaruga. – Ansetzen will der Nationalrat unter anderem bei den Wiedererwägungs- und den Mehrfachgesuchen. Mehrere Redner wie Ruth Humbel (cvp, Aargau), Isabelle Moret (fdp., Waadt) oder Heinz Brand (svp., Graubünden) betonten, dass heute viele Gesuche unbegründet seien und einzig eingereicht würden, um den Aufenthalt in der Schweiz zu verlängern. Auch die Justizministerin anerkannte, dass Handlungsbedarf bestehe. So sollen die Gesuche künftig nur

noch schriftlich behandelt und in unbegründeten Fällen formlos abgeschrieben werden. Auch wird die Frist für die Einreichung verkürzt.

Eine grundsätzliche Differenz zwischen Bundesrat und Nationalrat zeigte sich beim Institut der vorläufigen Aufnahme. Während Sommaruga die Integration der vorläufig Aufgenommenen in den Vordergrund stellte, betonte Kommissionssprecher Kurt Fluri (fdp., Solothurn), dass dies gerade nicht das Ziel sei. Die Mehrheit beschloss in der Folge mehrere Einschränkungen, etwa, dass der Familiennachzug künftig erst nach fünf und nicht mehr nach drei Jahren möglich sein soll. Wie weit diese und die am Vortag beschlossenen Restriktionen, die der Rat in der Gesamtabstimmung mit 118 zu 62 Stimmen guthiess, Bestand haben und allenfalls zu einem Referendum führen werden, bleibt abzuwarten. Der Ball liegt nun wieder beim Ständerat. – Zum Schluss der Debatte brachte der Rat auch seinen Unmut über die Kooperation mit Italien bei den Dublin-Fällen zum Ausdruck. Gegen den Willen der Justizministerin hiess er Vorstösse gut, die einen neuen Vertrag sowie verstärkte Grenzkontrollen verlangen.

Anzeige

	<p><u>Einfacher geht's nicht!</u> Volkswagen bietet Neu- und Junglenker (18-25J), günstige Angebote mit vielen Vorteilen. Neugierig? JETZT PROFITIEREN!</p>	<p><u>Werden Sie RAUSCH-Model</u></p>
	<p><u>Für günstiges Einkaufen.</u> Jede Woche sparen mit coop@home! Jetzt online einkaufen!</p>	
	<p><u>Energieeffizienzportal</u> Jetzt Energie-Experte werden. Hier spielen und gewinnen. www.energie-experten.ch</p>	<p>Ja zu mehr Natürlichkeit. Bewerben Sie sich als neues RAUSCH-Model. Gleich jetzt bewerben!</p>

Mehr zum Thema «Asylpolitischer Unmut»

Signalpolitik gegen Asylsuchende

KOMMENTARE

Neuen Kommentar hinzufügen

[Einloggen](#)

Geben Sie hier Ihren Kommentar ein.

[Einloggen](#)[Sortieren nach älteste zuerst](#)**5 KOMMENTARE**[Peter Kuhn](#) 06/14/2012 09:38 PM

Ohne die öffentliche und versteckte Unterstützung dieses ganzen, enorm teuren und belastenden Asylwesens durch die Links-Mitte Parteien FDP und CVP, die meistens am gleich falschen Strang wie die Rot-Grünen zogen, wäre die heutige schlimme, ausufernde Situation nie möglich gewesen. Diese Parteien, die schon längst für griffige Massnahmen hätten Hand bieten müssen, sind hauptsächlich verantwortlich für die bisherige unannehmbare Situation auf diesem Gebiet! Nur unter dem massiven Druck und dem berechtigten Unwillen aus dem Volk heraus waren sie gezwungen hier endlich Nägelchen mit Köpfchen zu machen. Ob dadurch eine wesentliche Besserung erfolgt, darf man bezweifeln. Ob sie heute mit tiefer Überzeugung dabei sind, das kann man hinterfragen. Das gilt es nicht zu vergessen!

[Antwort](#) [Empfehlung](#)**14 Empfehlungen**

[Hermann Zweifel](#) 06/15/2012 06:46 AM

"Während Sommaruga die Integration der vorläufig Aufgenommenen in den Vordergrund stellte" zeigt, dass die SP mit Sommaruga überhaupt nicht begriffen hat, um was es beim Asylwesen geht. Integration macht nur Sinn, wenn Ausländer nicht im Asylstatus sind, hier für die nächsten Jahre ihren legalen Aufenthaltstatus haben und vor allem arbeiten (statt dem Steuerzahler via Sozial-, IV- und/oder Gerichtskosten auf der Tasche zu liegen). Zum Glück hat die FDP erkannt, dass es (wie es die SVP seit Jahren erklärt) dringend Handlungsbedarf gibt. Seit die FDP das bearbeitet, wird es von den Bürgerlichen auch wieder angenommen (ganz im Stil: es kommt ja nicht von der SVP). Aber egal, das Resultat zählt.

[Antwort](#) [Empfehlung](#)**7 Empfehlungen**

[Kurt Schmid](#)

06/15/2012 08:08 AM

Was sind

wir doch für Heuchler, die hohe humanitäre Tradition der Schweiz, gilt die nur für Wirtschaftsflüchtlinge, wo bleiben die über 1 Milliarde die an Hunger leiden, wo bleibt da unsere humanitäre Tradition, ach ja, wir zahlen runde 2 Milliarden

an die Entwicklungszusammenarbeit. Nutzen? Keine spürbaren, warum? Weil wir

nicht in die Familienplanung investieren sondern nutzlose Übungen am Leben erhalten, die den Hunger nicht besiegen sondern nur verwalten, eben wie unsere

humanitäre Asyltradition.

[Antwort](#) [Empfehlung](#)

4 Empfehlungen

[Agnes Juillerat](#)

06/15/2012 09:41 AM

Für die Bekämpfung des weltweiten Hungers gibt es doch dieses UNO-Hilfsprogramm, dessen Berichterstatter - ein gewisser J.Z. aus Genf und früherer SP-Nationalrat - die grosse Gabe innehatte (oder noch innehat), potentielle Geldgeber wie USA und Israel, die internationalen Organisationen FTA, FMI usw. unablässig vor den Kopf zu stossen und somit deren Laune, grosszügig zu spenden, vergällte. Nur soviel zu einer der diversen Formen helvetischen Querlaufs in Sache nachhaltige Hilfe, die nicht darin bestehen kann, die halbe Weltmisere in unserem Land aufzunehmen.

[Antwort](#) [Empfehlung](#)

4 Empfehlungen

[konrad sager](#)

06/15/2012 01:06 PM

eine deutsche professorin von der uni luzern,hat gestern bei einer reportage gesagt,das asylwesen in der schweiz,da wird sich nichts änderns,alles bleibt beim alten,bin gespannt,ob sie recht hat

[Antwort](#) [Empfehlung](#)